

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

89 (27.7.1948)

Endgültige Einigung über westdeutsche Regierung

Frankfurt a. M., 26. Juli (AP) Die Militärgouverneure der drei Westzonen haben mit den verantwortlichen deutschen Vertretern eine endgültige Einigung über die Pläne zur Errichtung einer westdeutschen Regierung erzielt, wie am Montag amtlich bekanntgegeben wurde. Es sei nunmehr alles geregelt, sagte polnischer Berater Robert Murphy, der politische Berater General Clays, nach der Besprechung. Die Vereinbarungen lassen die Tür offen für eine zukünftige Beteiligung der russischen Zone.

In der kritischen Frage der Ratifizierung des Grundgesetzes (vorläufiger Vertrag) zeigten sich die Militärgouverneure — vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Regierungen — mit dem deutschen Wunsch einverstanden, kein Referendum durchzuführen. Dieses ist durch den Rat der Landtage genehmigen zu lassen. Sollten die Regierungen in Paris, London und Washington dagegen Einspruch erheben, so wird eine allgemeine Volksabstimmung durchgeführt.

Aus „technischen Gründen“

Frankfurt, 26. Juli. (Dena) Der Güterverkehr zwischen dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und der sowjetischen Besatzungszone einschließlich Berlin wurde laut Mitteilung der Verwaltung für Verkehr vom Montag ab sofort aus „technischen Gründen“ gesperrt. Die gemeinsame britisch-amerikanische Schiene, die Eisenbahnverkehr mit der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands einzustellen, wird die AP als erste positive Gegenreaktion gegen die Blockade von Berlin bezeichnet.

Während die Einschränkungen offiziell aus „technischen Schwierigkeiten“ zurückgeführt werden, bezeichnete sie ein amerikanischer Sprecher mündlich als „wirtschaftliche Sanktionen“.

3. Jahrgang / Nummer 89
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lammstr. 1b-5, Tel. 605/83



Karlsruhe, Dienstag, 27. Juli 1948
Monatlicher Bezugspreis DM 2.20
Postbezug DM 2.90 zuzügl. Zustellgebühr.

Trennung von der KPD

Der württembergisch-badische Landtag hat den Ministerpräsidenten aufgefordert, die kommunistische Parteiververtretung aus der Regierung zu entfernen. Das Verhalten der kommunistischen Landtagsfraktion zwang die demokratischen Parteien zu diesem Schritt. Der Kampf der Berliner und der Bevölkerung der ganzen Ostzone gegen eine Macht, die den Bürgern heute unter dem Symbol von Hammer und Sichel wiederum wie einst unter den Nazis ein totalitäres Regime aufzuzwingen will, und die Unterdrückung der Freiheit und der Persönlichkeit zum Ziele hat, machte diese Trennung zwingend. Die württembergische Staatspartei in der Ostzone der SED bedient sich hierbei der gleichen Methoden und Mittel, um ihr Ziel zu erreichen, wie die Nazis in den Jahren vor 1933.

In der Landtagssitzung wurde unmissverständlich erklärt, daß der Landtag an dem persönlichen Verhalten des kommunistischen Ministers und der übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion, soweit es sich um ihre Mitarbeit handelt, keinen Anstoß genommen haben. In den Kommissionen des Landtags haben sie sich korrekt und zu jeder Mitarbeit bereit gezeigt. Sie waren oftmals weit governmentaler als die übrigen Parteien. Man könnte sagen, wenn man boshaft sein wollte, sogar, wenn es um Württemberg nach einem König geben würde, die Kommunisten seiner Majestät loyalste Opposition gewesen wären. Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit und im Plenum des Landtags dagegen war auf Propaganda eingestellt. Hier waren die Demagogen gerade noch recht.

Die Rede des kommunistischen Fraktionsführers, des Abgeordneten Buchmann, der eine Reihe von Klagen vortrug, daß er nichts mit der Landespolitik zu tun hätte, sondern nur die bizarrsten Politik und die Politik der Militärregierungen betrafen, war sehr inkonsequent. Man hätte annehmen sollen, daß nach dieser Klage den Kommunisten es geradezu erwünscht sein müßte, jetzt ihren Austritt aus der Regierung zu erklären. Statt dessen war es ein tiefes Bedauern, daß man sie, die Kommunisten, jetzt ausboote, da sie doch bewiesen haben, wie sehr sie willens waren, alles in größter Einigkeit mit den übrigen Parteien mitzumachen.

Der Landtag hat durch sein Votum erkennen lassen, daß nachdem die Kommunisten in unserem Lande sich von dem politischen Jannhagel in Berlin nicht distanzieren und die Rolle des Hörgen eines fremden Imperialismus weiter zu spielen bereit sind (auf der gleichen Ebene der Hörigkeit liegt auch die plötzliche ablehnende Haltung der Kommunisten in der Frage der Zusammenlegung von Württemberg und Baden und Hohenzollern). Vor noch nicht langer Zeit waren sie dafür, heute sind sie dagegen, die demokratischen Parteien sich von ihnen trennen müssen.

An der Sozialpolitik des Landes ändert sich nichts. Die Richtlinien der Politik bestimmt nach der Verfassung der Ministerpräsident. Die inszenierten Proteste milderhafter Betriebsräte gehen an dieser Tatsache vorbei. Das Klammern eines Ministerwechsel muß doch wohl noch ein anderes Ziel haben, als nur das, der Arbeiterschaft zu dienen, die doch, das beweisen die Betriebsräte, die Totalitaristatistategie der Kommunisten ablehnt.

Die Wiederbesetzung des Postens eines Arbeitsministers ist ungeklärt. Im Hinblick auf die Londoner Empfehlung über die Neueinteilung der Ländergrenzen und die Zusammenlegung von ganz Württemberg, Baden und Hohenzollern in einem Staat, die noch im Laufe dieses Jahres erfolgen soll, ist eine eventuelle Wiederbesetzung ernstlich zu prüfen. Wir haben in Württemberg-Baden, in Südbaden und in Südwürttemberg-Baden eine Bevölkerung von ca. sechs Millionen zusammengerechnet zwei Dutzend Minister. Diese Aufblähung wird durch die Zusammenlegung auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden müssen. Ob unter diesen Umständen für ein bis zwei Jahre ein Ministerwechsel noch notwendig ist, kann nicht ohne weiteres beantwortet werden.

Gustav Zimmermann, MdL., Karlsruhe.

Verhandlungen des Außenministerrats oder ein Treffen Truman-Stalin

— sind die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der Berliner Krise

Berlin, 26. Juli. (AP) Auf Befehl des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall Sokolowski, vom 24. Juli, sollen am Sonntag dieser Woche auf dem gesamten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Gebiet von Groß-Berlin neue Geldscheine, und zwar die „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ eingeführt werden. Diese Scheine sollen durch die „Deutsche Notenbank“ in der Zeit vom 25. bis zum 28. Juli gegen die im Umlauf befindlichen Reichs- und Rentenmarken mit aufgedruckten Spezialkuponen ausgetauscht werden. Während die bisherigen Scheidemünzen im Umlauf bleiben, sollen vom 27. Juli an nur noch die neuen Noten als gesetzliche Zahlungsmittel in der Ostzone und Groß-Berlin gelten.

Der Umtausch der Klebmark gegen die „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ erfolgt im Verhältnis 1:1. Gleichzeitig veröffentlichte ADN eine Ausführungsverordnung der DWK, in der es heißt, daß alle auf Reichsmark (Kuponmark) lautenden Konten bei den Kreditinstituten und Geldinstituten einschließlich der Postkonten auf „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ im Verhältnis 1:1 umgestellt werden.

Zugeständnisse — aber ohne Druck

Berlin, 26. Juli. (AP) General Lucius D. Clay erklärte am Sonntag in einer Pressekonferenz, die USA seien zu Verhandlungen bereit, jedoch „nicht unter dem Druck der Westmächten und der Sowjetunion über eine friedliche Lösung der Berliner Krise bevorzuziehen. Sei es, daß der Außenministerrat erneut zusammentritt oder ein Treffen zwischen Truman und Stalin in Aussicht genommen wird.“ Der General erklärte, hoher diplomatischer Vertreter der USA in Berlin gibt Anlaß zu diesen Vermutungen.

General Clay zeigte sich nach einem Denz-Bericht sehr beeindruckt von der Art und Weise, wie die verantwortlichen Stellen in Washington sich gemeinsam um die Lösung der Berliner Krise bemühen. Die General erklärte, nach seiner Konferenz mit den amerikanischen Botschaftern in London und Moskau, die USA seien bereit, für eine Aufhebung der sowjetischen Blockade gewisse Zugeständnisse in der Frage der Kohlenreform in Berlin zu machen.

Kohlenpreise werden erhöht

Frankfurt, 26. Juli. (Dena) Britische und amerikanische Sachverständige billigen am Donnerstag eine weitere Erhöhung der Preise für deutsche Kohle um 7,50 D-Mark pro Tonne. Die deutsche Kohlenbergbauleitung hatte eine Erhöhung des Kohlenpreises um 7,50 D-Mark beantragt, weil seit dem 1. Juli kein staatliches Subventionen für den Steinkohlenbergbau mehr gezahlt werden und sich gleichzeitig die Produktionskosten durch die Lohnerhöhungen für Bergarbeiter weiter erhöht haben.

Da auf Grund der vom Wirtschaftsrat bereits vor einigen Monaten genehmigten ersten Kohlepreiserhöhung, zwangsweise die Preise für Gas und elektrischen Strom ebenfalls auf den Preisen der Kohle basieren, werden die Preise für diese beiden Energieträger ebenfalls erhöht werden. Die Kohlenpreise werden durch die Lohnerhöhungen für Bergarbeiter weiter erhöht werden.

Währungsreform und Wirtschaftsreform

Finanzminister Dr. H. Köhler auf einer Kundgebung der Karlsruher Union

Karlsruhe, 26. Juli. (L. A.-Eigenbericht) Unter dem Stichwort „Wie geht es weiter?“ hatte der Kreisverband Karlsruhe der CDU am 24. Juli zu einer Kundgebung aufgerufen. Vor dem zahlreich erschienenen Publikum sprach Finanzminister Dr. H. Köhler über die Auswirkungen der Währungsreform und zog eine in mancher Hinsicht negative Bilanz. Die Währungsreform sei ein notwendiges Übel, das die Wirtschaft zu neuem Leben erwecken werde. Die Währungsreform sei ein notwendiges Übel, das die Wirtschaft zu neuem Leben erwecken werde. Die Währungsreform sei ein notwendiges Übel, das die Wirtschaft zu neuem Leben erwecken werde.

Drei Millionen D-Mark rückständige Besatzungskosten

Stuttgart, 26. Juli. Der Finanzoffizier der Militärregierung, Mr. van Strim, erklärte zu dem vom Stichtag festgestellten Ausstellungen von rückständigen Besatzungskosten, daß die amerikanischen Militärregierungen erst im Juni die dazu nötige Vollmacht von der franz. Militärregierung in Baden-Baden erhalten habe. 50 Millionen Reichsmark an Besatzungskosten aus der franz. Besatzungszone seien in den kommenden Wochen zu zahlen. Die noch nicht abgetragenen Ansprüche in Höhe von etwa 30 Millionen Reichsmark würden im Verhältnis 10:1 in D-Mark auszubezahlen. Da der wirtschaftliche Stand in den kommenden Wochen kaum in der Lage sein werde, eine Summe von rund drei Millionen D-Mark auszuwerfen, dürfe sich die Auszahlung dieser nun bald drei Jahre zurückliegenden Ansprüche noch mindestens über ein weiteres halbes Jahr hinziehen. (Hue-EB)

Die Steuern gingen seit der Währungsreform nur sehr stockend ein. Würde sich das nicht bessern, wäre man zu rigorosen Maßnahmen gezwungen, um die Liquidität der Staatskasse nicht zu gefährden. (Hue-EB)



An Bord des Schiffes „America“ traf die amerikanische Olympia-Schwimm-Mannschaft in Southampton ein. Von links nach rechts: Zoo Olson, Barbara Jensen, Pat Eisner, Muriel Mellon und Ann Curtis. (Dena-NYT-Bild)

Das ERP - ein Programm der Tat

Paris, 26. Juli. (Dena) Die Konferenz der Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister der 16 ERP-Staaten, sowie der Vertreter der Bizone, der französischen Besatzungszone und der Bundesrepublik, unter dem Vorsitz des Präsidenten des europäischen Wiederaufbaubes, des belgischen Ministerpräsidenten Paul-Henri Spaak eröffnet. An der Sitzung nahmen ferner der ERP-Administrator Paul G. Hoffman teil.

Paul G. Hoffman hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß das Ziel des ERP nicht auf althergebrachte Weise gelöst werden kann, sondern neue Formen des intereuropäischen Handels und neue Richtlinien für die Nutzung der europäischen Hilfsquellen gefunden werden müssen. Durch einen großangelegten Aktionsplan müsse mit Beendigung des Marshall-Planes im Jahre 1952 der volle Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft gewährleistet sein.

13 Millionen für die Bizone

Washington, 26. Juli. (AP) Die ECA gab die Freigabe von weiteren 13 902 479 Dollars für die Auslandshilfe bekannt. Bis auf etwa 5 Millionen Dollars wird dieser Betrag zu Ankäufen und zur Bezahlung von Dienstleistungen im Ausland verwendet werden. Zum ersten Male werden hierbei auch Finnland und die Tschechoslowakei eingeschaltet. Finnland soll für 488 000 Dollars Holzschiff für die Bizone erhalten, während die Tschechoslowakei 400 000 Dollars für die Reparatur von Eisenbahnwagen der Bizone erhält.

An den Lieferungen aus der bewilligten Summe wird in erster Linie die Bizone mit 13 450 000 Dollars beteiligt sein.

„Wir bitten darum, daß ihr uns helft!“

Stuttgart, 26. Juli. Anlässlich einer Kundgebung, die unter dem Motto „Stuttgart hilft Berlin“ stand, sprach der als Gast anwesende Oberbürgermeister von Berlin, der vor Jahresfrist von den Berliner Stadtverordneten mit großer Stimmmehrheit gewählt, von den Russen jedoch nicht zum Podium betrat, empfang man ihn mit einem Beifallssturm, den er allerdings nicht als seiner Person, sondern der schwerwiegenden Stadt gegeben bezeichne. Aus dem Redner sprach ein unheimlicher, in hohem Maße wird der Gesamtexpert der französischen Zone davon in Mitleidenschaft gezogen, so daß das Exportdefizit noch um weitere viele Millionen Dollar erhöht wird.

Aus Baden-Baden meldet Dena: Zu den Meldungen, wonach in Württemberg bis zu 100 Prozent der Betriebe auf Anweisung der französischen Militärregierung sofort demontiert werden sollen, wird laut Süddeutschen von zuständiger französischer Seite erklärt, die zu demontierenden Werke bildeten nur einen Teil der von den Alliierten im Oktober 1946 internierten Reparationsagentur in Brüssel namhaft gemachten Industriebetriebe.

Im Telegrammstil

Atlanta (Georgia). Die abtrünnigen Demokraten der amerikanischen Südens haben beschlossen, ihren Präsidentschaftskandidaten, Gouverneur Strom Thurmond von Süd-Carolina, in sämtlichen 48 Staaten der Union zur Wahl zu stellen. (AP)

St. Johns (Neufundland). Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse der Volksabstimmung in Neufundland über die zukünftige Regierungsform des Landes zeigen folgendes Bild: Für Anschluss an Kanada: 77 295 Stimmen. Für Selbstverwaltung: 71 374 Stimmen. (Dena-Reuters)

Genève. Die Schweizer Regierung hat 20 Millionen Schweizer Franken (4 670 000 Dollars) für Opfer des Nazismus zur Verfügung gestellt, wie die internationale Flüchtlingsorganisation bekanntgab. (AP)

Helsinki. Der finnische Sozialdemokrat und Vorsitzende des letzten finnischen Parlaments, Kurt Fagerholm, nahm den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung an. (Dena-Reuters)

Belgrad. In einer kurzen Sitzung verurteilte die jugoslawische Kominternkonferenz einstimmig den „Pravda“-Organ der KP der Sowjetunion. Der ehemalige Gouverneur des Staates Kalifornien, Hubert L. Olson, hatte eine Unterredung mit Kardinal Bevilacqua, der erklärte, Jugoslawien wolle gern Handelsabkommen mit den USA abschließen, sollte keine politischen Bedingungen daran geknüpft werden. (AP)

Athens. Der griechische Ministerpräsident Sophoulis, der am Sonntag seinen Rücktritt einreichte, hat sich nach einer Unterredung mit dem König Paul bereit erklärt, weiter im Amt zu bleiben. (Dena-Reuters)

Beirut. Der UN-Vermittler für Palästina, Graf Folke Bernadotte, soll, wie am Sonntag verlautet, nach Beirut die Verhandlungen fortsetzen. In Besprechung mit dem

